

Datum: 29, 2010; Ressort: SALZLAND-KURIER; Seite: 1

Nach der Schließung der Chirurgie in Staßfurt

# Kreisklinik übernimmt den Fahrdienst nach Aschersleben

**Staßfurts Oberbürgermeister René Zok (parteilos) macht sich große Sorgen um den Klinikstandort Staßfurt. Seinen Informationen zufolge ist dort die Belegungszahl weiter zurück gegangen. Aus diesem Grund appellierte er an die Notärzte und die niedergelassenen Ärzte, Patienten nicht sofort nach Aschersleben zu bringen, sondern weiter in Staßfurt einzuweisen.**

Von René Kiel

Staßfurt. Von der Klinikleitung in Aschersleben verlangt das Stadtoberhaupt, dass sie die Öffentlichkeit informiert, welche Leistungen noch in Staßfurt erbracht werden.

Das werde man in der nächsten Woche tun, kündigte Klinikspressexpertsprecherin Julia Tarlatt gestern im Volksstimmengespräch an. Ihren Worten zufolge sind die niedergelassenen Ärzte bereits im Juni in einem Rundbrief über das Spektrum, das in Staßfurt angeboten werde, informiert worden. Im Gegensatz zum Oberbürgermeister sprach Tarlatt gestern von einer „normalen Belegung in Staßfurt“.

Auf die Frage, was mit den Patienten aus dem Altkreis Staßfurt passiert, die zur chirurgischen Behandlung nach Aschersleben müssen und nicht selbst fahren beziehungsweise von ihren Angehörigen gefahren werden können, sagte



Der Klinikstandort Staßfurt hat die Chirurgie verloren. Foto: René Kiel

die Kliniksprecherin, dass sie vom Klinikum Aschersleben-Staßfurt eine Unterstützung erhalten. „Wir übernehmen den Fahrdienst“, fügte sie hinzu. Da dies vor allem Patienten betreffe, die sich in der Notaufnahme am Standort Krankenhaus Staßfurt vorstellen, werde vor Ort darüber entschieden.

Wie der Oberbürgermeister berichtete, arbeitet er derzeit alle Festlegungen, die die Klinikarbeitsgruppe der Stadt in ihrer jüngsten Sitzung am 14. Juli getroffen hatte, ab. So hat er zum Beispiel dem für die Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt zuständigen Abteilungsleiter des Sozialministeriums, Dr. Reinhard Nehring, in einem Schreiben gebeten,

der Stadt die Unterlagen für die anstehende Fortschreibung der Krankenhausplanung zur Verfügung zu stellen. Daraus wird ersichtlich, welche Leistungen das Land für den Krankenhausstandort vorsieht. „Ich habe dem Abteilungsleiter auch ein Gespräch angeboten“, sagte Zok.

Darüber hinaus hat er auf Anraten der Rechtsanwälte der Stadt eine Beschwerde an das Landesverwaltungsamt erarbeiten lassen. „Die wird der Vorsitzende des Gesundheits- und Sozialausschusses des Kreistages, Ralf-Peter Schmidt, noch in dieser Woche unterschreiben“, teilte der Oberbürgermeister mit. Damit will der Politiker der Linken die Hallenser Behörde zu einer

Prüfung auffordern, ob das Vorgehen von Landrat Ulrich Gerstner (SPD), die Zukunftsplanung für die Kliniken des Salzlandkreises ausschließlich vom Aufsichtsrat beschließen zu lassen, rechtskonform ist. Das zweifeln sowohl die Anwälte der Stadt als auch Schmidt unter Hinweis auf die Landkreisordnung an. Denn in deren Paragraphen 33 heißt es, dass der Kreistag Entscheidungen über die Einschränkung oder Auflösung von kommunalen Einrichtungen und Unternehmen, wie zum Beispiel die Verlegung der Chirurgie von Staßfurt nach Aschersleben, nicht auf andere übertragen kann.

Zok hofft, dass die Antwort aus Halle vielleicht schon bis zur nächsten Kreistagssitzung am 19. August in Bernburg vorliegt. An dieser Beratung will er zusammen mit anderen Mitgliedern der städtischen Klinikarbeitsgruppe persönlich teilnehmen, um zu hören, was der Landrat in dieser Angelegenheit sagt. Denn auf Betreiben von Hartmut Wiest hatten in der jüngsten Kreistagssitzung im Juni sieben Abgeordnete aus Staßfurt in einem Antrag von Gerstner Akteneinsicht und eine Berichterstattung über die Zukunft der Kliniken verlangt.

Dazu werde sich der Landrat am 19. August äußern, sagte gestern Landkreissprecherin Ursula Rothe.